

Registrierung beruflich Pflegender Deutscher Pflegerat gründet GmbH

Der Deutsche Pflegerat will die Zahl von Pflegefachkräften, die ihre regelmäßige Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen nachweisen, deutlich steigern. Dazu wurde jetzt in Berlin die „Registrierungsstelle beruflich Pflegender“ (RbP) als GmbH gegründet.

➤ „Mit diesem Schritt haben wir Möglichkeiten eröffnet noch intensiver und effektiver dieses zentrale Projekt der Berufspolitik des DPR und seiner Mitgliedsverbände voranzutreiben“, erklärte Ratspräsidentin Marie-Luise Müller.

Die Registrierungsstelle hat ihren Sitz im „Haus der Gesundheitsberufe“ in Berlin. Zum Geschäftsführer der neuen GmbH wurde der Pflegeteammanager und Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Leitender Pflegekräfte (BALK), Peter Bechtel, berufen. Er betonte: „Wir wollen die Zahl der Registrierungen deutlich steigern, indem wir beispielsweise mit Trägern von Gesundheitseinrichtungen Vereinbarungen treffen, die die Registrierung deren pflegerischen Mitarbeitern befördert. Nur die große Unterstützung aus der Berufsgruppe selbst wird der politischen Forderung Nachdruck verleihen.“

Derzeit sind knapp 8800 Pflegefachkräfte in dem Register erfasst. Die Registrierung gilt jeweils für zwei Jahre und kann bei Nachweis von 40 Fortbildungspunkten erneuert werden.

Die Registrierungsstelle finanziert sich aus der Registrierungsgebühr. Das Registrierungsverfahren wird kontinuierlich weiterentwickelt. So wird derzeit ein Verfahren zur Anerkennung von einzelnen Bildungsangeboten im

Kontext der Registrierung getestet. „Ziel der Registrierungsinitiative ist es, den Gesetzgeber zu einer verpflichtenden Registrierung zu bewegen“, erklärte Franz Wagner, Vorsitzender der Gesellschafterversammlung der RbP GmbH. Schon heute seien alle Pflegefachkräfte in Deutschland durch die Beruferichtlinie gesetzlich verpflichtet, sich regelmäßig fortzubilden. Lebenslanges Lernen sei Teil des professionellen Selbstverständnisses von Pflege. Nach Ansicht von Wagner fehlt allerdings eine Konkretisierung dieser Verpflichtung. „Hier stellt die Registrierung mehr Verbindlichkeit und Transparenz her. Eine weitere Schnittstelle besteht in der Diskussion um den Heilberufsausweis.“ Dieser müsse auch an die rund 1,2 Millionen professionell Pflegenden ausgehändigt werden, forderte Wagner.

Mit der Teilnahme an der Registrierung wird beruflich Pflegenden in Deutschland angeboten, sich freiwillig bei einer unabhängigen Registrierungsstelle der Berufsverbände erfassen zu lassen. Damit gibt es die Möglichkeit, zuverlässige Daten über die Zahl der in der Berufsgruppe Tätigen, deren Einsatzorte und Qualifikationen zu erheben. ■

■ Weitere Informationen
www.freiwillige-registrierung.de

Editorial



Großes für Kleine

Artikel 24 der UN-Kinderrechtskonvention nennt zentrale Ziele der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege: „Das Recht des Kindes auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit und das Recht auf Zugang zu entsprechenden Gesundheitsdiensten“, heißt es da. Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es einer Gesundheits- und Kinderkrankenpflege, die geprägt ist durch Kompetenz, verantwortliches Handeln und Fürsorge. Der erfolgreiche Einsatz für den Erhalt der Schwerpunktbildung bereits in der Grundausbildung in einer generalistischen Ausbildung ist ein wichtiges Element unserer berufspolitischen Strategie, Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsfürsorge als bedeutende Handlungsfelder zu etablieren. Stellungnahmen wie jüngst zu „Pflegestützpunkten und Pflegeberatung für Kinder“ oder zum „Pflegebedarf von Kindern und Jugendlichen“, die gemeinsam mit der GKinD erarbeitet werden, dienen dem Anspruch, neue Handlungsfelder für die Gesundheits- und Kinderkrankenpflege aufzuzeigen und zu besetzen. Jüngstes Beispiel ist das Weiterbildungsangebot zum/zur „Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/in“.

Elfriede Zoller

Vorsitzende Berufsverband Kinderkrankenpflege
Deutschland e.V., Mitglied im Pflegerat

Nachrichten

Pflegenoten erst ab Mai

— Die ersten der rund 10.400 Pflegeheime in Deutschland werden erst ab Ende Mai den neuen Prüfkriterien des Medizinischen Dienstes der Kassen unterzogen und entsprechend benotet. Dies teilten Vertreter des Spitzenverbandes des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDS) und des GKV-Spitzenverbandes in Berlin mit. „Die Medizinischen Dienste arbeiten mit Hochdruck daran, Neuerungen aus der Transparenzvereinbarung in das Prüfinstrumentarium einzuarbeiten“, so MDS-Geschäftsführer Dr. Peter Pick. Alle 21.000 stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen sollen künftig regelmäßig vom MDK überprüft werden. Dies sieht die Pflegereform vor. Ende August könnten Verbraucher dann erste Ergebnisse der Prüfungen im Internet nachlesen, hieß es.

Arztentlastung – durch wen?

— Hausärzte werden zu einem knappen Gut. Entlastung ist gefragt. Doch wer soll es richten? AGnES, Verah oder Pflegekräfte? Hedwig François-Kettner, Mitglied im Präsidium des Pflege Rates, hat sich dazu im Gespräch mit der „Ärzte Zeitung“ zu Wort gemeldet. „Pflege hat immer schon mehr als nur Pflege gemacht.“ Deshalb sei die Pflegeprofession fachlich in der Lage, die Hausärzte bei bestimmten Aufgaben zu entlasten. „Wir haben ein Netz von über 10.000 ambulanten Pflegediensten über ganz Deutschland verteilt. Diese Struktur gilt es zu nutzen.“

Standardwerk in der 5. Auflage

— Das von den beiden Professoren Manfred Haubrock und Walter Schär herausgegebene Standardwerk über „Betriebswirtschaft und Management in der Gesundheitswirtschaft“ ist jetzt in der 5. erweiterten Auflage erschienen. Das Buch ist im Verlag Hans Huber erschienen und kostet 49,95 € (ISBN 978-3-456-84664-4).

Pflegebedürftigkeitsbegriff

Wann kommt die neue Pflegeversicherung?

Der Beirat zur Neubestimmung des Pflegebegriffs hat Ende Januar sein Arbeitsergebnis präsentiert. Während die Mehrzahl der Kommentatoren das Papier begrüßt gibt es inzwischen vermehrt Stimmen, die fragen, ob das Ergebnis des Beirats überhaupt Gesetzesgrundlage wird.



Bundesgesundheitsministerin Schmidt (SPD) hat im August 2008 dem Beirat noch sieben Zusatzfragen gestellt, die dieser nach Abgabe der Empfehlung bis Ostern 2009 bearbeiten soll. Dabei geht es um die Umsetzung der Beiratsempfehlungen. Es war Bestandteil des Auftrages an den Beirat, einen kostenneutralen Vorschlag zu machen. Die im Beirat vorgenommenen Schätzungen und Berechnungen über die finanziellen Auswirkungen können nur sehr bedingt Vorhersagen treffen. Denn eines hat der Beirat nicht geleistet (und es war auch nicht sein Auftrag): Er hat nicht vorgeschlagen, mit welchen Beträgen die fünf neuen Bedarfsgrade jeweils hinterlegt werden sollen. Dies ist der Auftrag der Politik. Und die tut sich besonders schwer damit. Solange es keine nachhaltige Lösung für die Finanzierung der Pflegeversicherung gibt, gilt als oberstes Prinzip Beitragsstabilität. Die Politik geht davon aus, dass die Finanzierungsgrundlagen der Pflegeversicherung bis zum Jahr 2014 sicher sind – doch das Jahr 2014 liegt in weiter Ferne. In der Zwischenzeit wird der demografische Wandel sichtbarere Auswirkungen auf die Ausgabenseite und die Wirtschaftskrise auf die Einnahmenseite haben. Also schon aus diesen Gründen wird die Finanzierungsfrage dringlicher.

Aber es gibt noch eine andere Interessenlage zur Reform der Pflegeversicherung: Die Gesundheitsministerin

hat noch für diese Legislaturperiode eine Initiative für eine Reform von SGB XI angekündigt – wohl wissend, dass das Gesetzgebungsverfahren vor der Wahl nicht mehr abzuschließen ist. Mit dem Thema soll also Wahlkampf gemacht werden. Spannend wird sein, wie sich die Parteien hier positionieren. Und dann wird es entscheidend von der Zusammensetzung der nächs-

» Solange es keine nachhaltige Lösung für die Finanzierung gibt, gilt als oberstes Prinzip Beitragsstabilität.

ten Bundesregierung abhängen, welchen Weg die Pflegeversicherung nimmt. Klar ist, dass frühestens 2011 eine Reform umsetzbar wäre. Da nach den Koalitionsverhandlungen Ende 2009 ein Gesetzentwurf in 2010 beraten und damit das Gesetz wohl frühestens zum 1. Januar 2011 in Kraft treten könnte. Eine andere Zeitschiene wäre die oben genannte Frage der Finanzierung mit Frist 2013/2014. Kommt dann der ganz große Wurf? Sicher ist derzeit nur, dass uns das Thema weiter begleiten und an gesellschaftlicher Relevanz gewinnen wird. ■

— Franz Wagner
Vize-Präsident des DPR

Zusammenarbeit von Medizin und Pflege Für einen „Wandel ohne Spannungen“

Zwischen Ärzten und Pflegekräften deutet sich eine neue Aufgabenverteilung an. Neue Spezialberufe entstehen. Nicht zuletzt muss die Qualifizierung der Beschäftigten mit dieser Entwicklung Schritt halten.

➔ Das haben Experten beim dritten „Gesundheitskongress des Westens“ in Essen betont. „Wichtig ist, dass dieser Wandel so gestaltet wird, dass er möglichst ohne Spannungen zwischen den Berufsgruppen und Professionen abläuft“, sagte der Gesundheitsökonom und Direktor des Forschungsschwerpunkts Gesundheitswirtschaft und Lebensqualität am Institut Arbeit und Technik in Gelsenkirchen, Dr. Josef Hilbert. Er wies darauf hin, dass Kostendruck und Ärztemangel zur Suche nach Entlastung von Ärzten drängen. Ein Weg sei, die Qualifikationen in der Pflege anzuheben, so dass Pflegekräfte verstärkt Aufgaben übernehmen, „die heute zumeist von Ärzten wahrgenommen werden oder diesen vorbehalten sind“.

Professor Christel Bienstein, Leiterin des Instituts für Pflegewissenschaft der Privat-Universität Witten/Herdecke, forderte mehr Qualifikation für Pflegende. Auch sie plädierte dafür, Ärzten Pflegekräfte zur Seite zu stellen, die wüssten, welches Pflegehilfsmittel für einen Patienten geeignet sei. „Ein Facharzt müsste täglich vier Stunden lesen, um auf den aktuellen Stand zu bleiben – wie sollte er es da schaffen, auch noch einen Überblick über Wechseldruckmatratzen, Rollstühle oder Stomahilfsmittel zu bekommen?“

Professor Axel Ekkernkamp, Ärztlicher Direktor am Unfallkrankenhaus Berlin, plädierte für eine Öffnung der bislang getrennten Ausbildungen von Ärzten und anderen Gesundheitsberufen. Er könne sich sogar vorstellen, so

Ekkernkamp, dass Medizinstudenten gemeinsam mit angehenden Physiotherapeuten oder Pflegekräften Kurse und Vorlesungen besuchen – etwa in Fächern wie Anatomie. Wenn die Berufsgruppen von Anfang an mehr Kontakt miteinander hätten, „erleichte

ter das die Zusammenarbeit später in Krankenhäusern“.

Nordrhein-Westfalens Forschungsminister und stellvertretender Ministerpräsident, Professor Dr. Andreas Pinkwart, kündigte an, die Landesregierung wolle NRW zum Eldorado für Forscher und Entwickler in Medizin und Pflege machen. Dazu beitragen soll auch der geplante „Gesundheitscampus Nordrhein-Westfalen“, über dessen Standort NRW in Kürze entschieden werden soll. Auf dem Campus soll unter anderem die bundesweit erste staatliche Fachhochschule für Gesundheitsberufe mit 1.000 Studienplätzen entstehen. ■



Reibungslose Zusammenarbeit in der Gesundheitswirtschaft beginnt auf der „Schulbank“: Berufsvertreter können sich vorstellen, dass Ärzte, Pflegekräfte und Vertreter anderer Gesundheitsberufe gemeinsame Fortbildungen absolvieren. Übrigens: Beim Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit im Mai werden bereits Veranstaltungen dieser Art angeboten.

Nachrichten

Internationale Konferenz Pflege und Pflegewissenschaft

— „Pflege – wozu und wohin?“ Unter diesem Motto wird am 24. und 25. September zum siebten Mal die Internationale Konferenz Pflege und Pflegewissenschaft ausgerichtet – diesmal an neuem Ort: am Universitätsklinikum Ulm. Die Konferenz findet vor dem Hintergrund gravierender Veränderungen und einer Krise des Gesundheits- und Sozialsystems statt. Der Vorrang von Kostenerwägungen vor den Versorgungsnotwendigkeiten bedroht die Qualität der Versorgung und Betreuung. Pflegende in allen Bereichen stehen zunehmend unter Druck. Die Pflegewissenschaft muss Argumente und Antworten liefern. Sie sind aber nicht zu beantworten, wenn der gesellschaftliche Auftrag an die Pflege nicht klar benannt werden kann. Eingeladen zum Kongress sind Pflegende aus der Praxis, dem Management, der Bildung und der Wissenschaft. Namhafte Pflegeexperten aus dem In- und Ausland geben Impulse im wissenschaftlichen Programm. In das Rahmenprogramm ist die Verleihung des Deutschen Pflegepreises durch den Deutschen Pflegerat eingebettet. Wie in den Vorjahren dient die Konferenz als Forum für freie Vorträge und Poster. Ein Beirat trifft die Auswahl, Einreichungsfrist ist der 1. Mai 2009.

■ **Informationen:** www.dbfk.de
(unter Bildung, Veranstaltungen)

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) – Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen, Salzufer 6, 10587 Berlin („Haus der Gesundheitsberufe“), Tel.: 030 21915757, Fax: 030 21915777, www.deutscher-pflegerat.de

Redaktion: Thomas Hommel; „PflegePositionen“ ist eine regelmäßige Teil-Beilage in **Heilberufe** – Das Pflegemagazin
Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler (verantwortlich), Ehrenbergstr. 11–14, 10245 Berlin, Tel.: 030 2045600
Fax: 030 20456012, www.heilberufe-online.de

Verlag: Urban & Vogel GmbH, Neumarkter Str. 43, 81673 München, Tel.: 089 43721300, Fax: 089 43721399, www.urban-vogel.de

Hauptstadtkongress 2009 im Mai Zehn Jahre Deutscher Pflegekongress

Der Deutsche Pflegekongress, einer von drei Fachkongressen unter dem Dach des Berliner Hauptstadtkongresses (27.–29. Mai 2009, ICC Berlin), feiert zehnjähriges Jubiläum. Der Pflegerat ist Programmpartner – und will den Kongress erneut dazu nutzen, um im Superwahljahr pflegepolitische Botschaften abzusetzen.



Die beiden wissenschaftlichen Leiter des Pflegekongresses, Ratspräsidentin Marie-Luise Müller und der Fachjournalist Dr. Uwe K. Preusker, sind sich einig: „Zehn Jahre Deutscher Pflegekongress – das bedeutet zehn Jahre engagierte Diskussion über die zentrale Rolle der Pflege in unserem Gesundheitssystem, zehn Jahre Aufmerksamkeit in Politik, Medien und Fachöffentlichkeit, aber auch zehn Jahre enge Kooperation mit Klinikmanagern und Ärzten in den Fachforen des Hauptstadtkongresses Medizin und Gesundheit.“

Der Deutsche Pflegekongress, der alle Teilbereiche vom Krankenhaus über die ambulante Pflege bis hin zur Alten- und Behindertenpflege anspricht, befasst sich in seinem Jubiläumsjahr mit der Frage, wie viel Pflegende unsere Gesellschaft in Zukunft benötigt und wo wir diese Pflegenden finden.

Weitere Themen sind unter anderem die Transparenz der Qualität pflegerischer Leistungen, die Frage, ob die Pflegereform erste Wirkungen zeigt und schließlich, wie Pflege und Medien miteinander umgehen beziehungsweise was der eine vom jeweils anderen eigentlich erwarten kann. Auch die Neuordnung von Kompetenzen und Aufgaben zwischen Ärzten und nicht-ärztlichen Heilberufen wird thematisiert. „Wir setzen hier auf eine sachorientierte Diskussion, werden aber unsere Forderung nach mehr Autonomie selbstbewusst vortragen“,

betont DPR-Präsidentin Müller. Der neue Pflegebegriff und seine Umsetzung stehen ebenfalls auf dem Programm. Zu Wort kommt dabei unter anderem der Vorsitzende des Beirats zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs, Dr. Jürgen Gohde.

„2009 ist Bundestagswahl. Daher werden natürlich aktuelle Fragen zur Gesundheitspolitik eine große Rolle spielen, die im Rahmen des Hauptstadtkongresses Gesundheitspolitik und des Forums der Versicherungen gemeinsam mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutiert werden“, betont Müller. Zu beiden Foren haben die Teilnehmer des Pflegekongresses kostenfreien Eintritt.

Insgesamt werden beim Hauptstadtkongress in mehr als 100 Sitzungen über 500 Referentinnen und Referenten aus dem In- und Ausland zu Wort kommen und über neueste Trends in der Gesundheitsbranche informieren. Unter einem Dach werden drei Tage lang drei Fachkongresse für Klinikmanager, Pflegefachkräfte und Ärzte, das allen Fachbesuchern offen stehende Hauptstadtkongress Gesundheitspolitik, das Forum der Versicherungen sowie die internationalen Foren EU-Forum und USA-Forum geboten. ■

■ **Informationen & Anmeldung:**
www.hauptstadtkongress.de